# Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Scheller. —, Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Franz. — Minden: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

**Nr. 104. [32. Jahrgang.] Berlin, Donnerstag den 2. März 1893. Abends. [32. Jahrgang.] Nr. 104.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postanschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen** für **8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48,** SW. **Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

**Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**


## Politischer Tagesbericht.

Berlin, 2. März.

Die „Freisinnige Zeitung" glaubte die parlamentarischen Bemühungen ihres Patrons, des Reichstagsabgeordneten Herrn Richter dadurch unterstützen zu sollen, indem sie die von ihm gestellten, von der Militairkommission mit einigen Richtigstellungen angenommenen Finanzanträge nochmals ihrem vollen Umfange nach abdruckt.

Wir haben bereits mitgetheilt, wie der „Reichs- u. Staats-Anz." die von der „Freis. Ztg." versuchte Berufung auf den „amtlichen" Charakter der in die Anträge eingestellten Ziffern zurückgewiesen hat. Es kam indessen der „Freis. Ztg." viel weniger auf jene Finanzanträge und auf die durch dieselben bezweckte sogenannte Feststellung des Finanzbedarfs des Reiches für die nächsten Jahre, als darauf an — das ging aus dem begleitenden Texte hervor —, die Chancen der Militairvorlage zu verschlechtern.

Das Richter'sche Blatt meint und sagt nämlich, „es sei eine von der Mehrheit der Kommission beglaubigte Uebersicht über die Finanzlage geschaffen, welche allerdings den Freunden der Militairvorlage ihre Zustimmung nicht erleichtern wird, desto mehr aber die Opposition gegen die Militairvorlage zu kräftigen geeignet erscheint". Wir glauben indessen, daß damit die Wirkung dieser „Feststellungen" theils überschätzt, theils in ganz falscher Richtung gesucht wird. Denn wenn auch der einzelne Abgeordnete nicht immer ganz klar zu übersehen vermag, welche finanzielle Wirkung für einen bestimmten Zeitpunkt die von der Legislative beschlossenen Maßnahmen haben werden, in der Staatsverwaltung ist man sich an den zuständigen Stellen nicht nur hierüber, und damit über die eine zukünftige Finanzlage bestimmenden Faktoren klar, sondern auch über die finanzielle Tragweite der in Vorschlag gebrachten, gesetzgeberisch noch nicht zum Abschlusse gebrachten Maßnahmen. Und wenn die „Freisinnige Zeitung" sich sogar auf die Uebereinstimmung der in den Anträgen Richter's eingestellten mit den amtlichen Zahlen für den laufenden Mehrbedarf beruft, so beweise dieses doch nur, daß die Finanzverwaltung schon vorher richtig gerechnet hätte, bevor Herr Richter seine Rechnungen aufmachte. Für die Militairvorlage speziell wird daher diese „Feststellung" im Wesentlichen nur beweisen können, daß das finanzielle Erforderniß derselben seitens der Reichsbehörden richtig veranschlagt war, also viel eher zu Gunsten als zu Ungunsten der Vorlage wirken, und im Allgemeinen wissen ja die denkenden Wähler recht gut, daß mit den steigenden Aufgaben des Kulturstaates dessen Ausgaben wachsen, werden also doch den größeren finanziellen Bedarf der Zukunft kaum so erschreckt sein, wie die „Freisinnige Zeitung" zu hoffen scheint. Allerdings: um den denkenden Theil pflegt sich die „Freisinnige Zeitung" weniger, als um den anderen zu bemühen; dem letzteren wird indessen der erstere die Sache, wenn nöthig, dennoch klar machen können.

---

In der heutigen (56.) Plenarsitzung des **Reichstages**, welcher der Reichskanzler Graf von Caprivi wiederum beiwohnte, wurde die Berathung des Etats des Auswärtigen Amts bei dem Kapitel 2 Titel 4 des Extraordinariums: Für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen in Ostafrika — 2 200 000 ℳ, fortgesetzt. Referent Abg. Prinz Arenberg empfahl namens der Budgetkommission die unveränderte Bewilligung. Abg. Oechelhäuser dankte zunächst für die vorgelegte Denkschrift über Ostafrika, besonders aber dem Herrn Dirigenten der Kolonialabtheilung Geheimrath Dr. Kayser für die Mühe, mit welcher er sich über die ostafrikanischen Verhältnisse persönlich unterrichtet habe. Er hält die Zukunft der ostafrikanischen Gesellschaft für sehr aussichtsvoll. Die Plantagen gedieben vortrefflich. Eine Lebensfrage für Ostafrika sei die Anlage einer Eisenbahn, mit deren Bau auch erst die Schifffahrt aufblühen und die Möglichkeit geboten würde, mit dem bisherigen überaus kostspieligen, unzweckmäßigen und unsicheren Karawanensystem zu brechen. Bei den Kosten für die Eisenbahn komme in Betracht, daß mit derselben die kostspieligen Expeditionen in das Innere wegfallen, und daß auch ein Theil des militairischen Schutzes überflüssig werde; diese Ersparniß in Verbindung mit der zu erwartenden größeren Zolleinnahme würde eine Zinsgarantie des Reiches von 3½ pCt. rechtfertigen. Der Redner anerkennt dann ausdrücklich die gediegliche Wirksamkeit der Missionare, bringt dann aber auch einige Wünsche bezw. Klagen vor. Reichskanzler Graf v. Caprivi ging alsbald des Näheren auf die Darlegungen des Vorredners ein. Den ausführlichen Bericht über diese Rede dem Morgenblatt vorbehaltend, erwähnen wir hier nur, daß der Herr Reichskanzler die Hoffnung aussprach, die ostafrikanische Schutztruppe wieder auf ihren früheren Etat zu bringen und das Kanonenmaterial ꝛc. soweit nöthig zu ersetzen, daß er im Uebrigen aber eine weitere Verstärkung zur nicht wünsche, da es rathsam sei, sich friedlich festzusetzen. Ferner bekonte der Herr Reichskanzler besonders die Verdienste des Gouverneurs v. Soden und erachtete den Bau einer ostafrikanischen Eisenbahn mit dem Vorredner für durchaus wünschenswerth, ohne aber die entgegenstehenden Schwierigkeiten zu verkennen. Der Versuch, an die Stelle der großen Karawanen das System kleiner Karawanen zu setzen, werde jedenfalls zu seiner Durchführung eine Reihe von Jahren erfordern. Gegenüber der Beschwerde des Vorredners über die differentielle Zollbehandlung der Kolonieen bemerkte der Reichskanzler, daß dem Zollausschuß des Bundesraths ein Antrag auf Gewährung der Meistbegünstigungsklausel an die Kolonieen vorliege. Nach dem Herrn Reichskanzler erhielt das Wort Abg. Dr. Bamberger, dessen Ausführungen bei Schluß des Berichts noch fortdauern.

---

In der heutigen (43.) Plenarsitzung des **Abgeordnetenhauses** wurde die Spezialberathung des Eisenbahnetats mit dem Titel: Erneuerung des Oberbaues 48 950 000 ℳ fortgesetzt. Abg. Dr. Ritter (st.) bittet den Herrn Minister, die Verwendung eiserner Schwellen in größerem Umfange als bisher anzuordnen. Minister Thielen bemerkt, daß schon gegenwärtig eiserne Schwellen in großem Umfange verwendet würden; im Westen des Landes überwögen die eisernen gegenüber den Holzschwellen. In nächster Zeit solle die Verwendung von Eisenschwellen in noch größerem Umfange stattfinden, und es werde voraussichtlich ein Abschluß mit Walswerken in diesen Tagen zu Stande kommen, der beide Theile befriedigt. Nach den bisher gemachten Erfahrungen sei die Dauerhaftigkeit der Eisenschwellen eine erheblich größere als der Holzschwellen. Größere Vorräthe anzulegen, sei aus wirthschaftlichen Gründen nicht zu empfehlen, denn abgesehen von dem Zinsverlust würde das Material nur an Güte verlieren. Auf eine Anregung aus dem Hause erwiderte der Herr Minister weiter, daß die allgemeinen Submissionsbedingungen unter Theilnahme mit den Interessentenvertretern festgestellt seien; er sei jedoch bereit, diese Bestimmungen einer Nachprüfung zu unterwerfen. Abg. Dr. Hammacher (ntl.) führt aus, daß die Frage wegen der Eisenschienen der Regierung Gelegenheit biete, einen regelnden, wohlthuenden Einfluß auf die Produktionsverhältnisse auszuüben. Leider sei das früher nicht geschehen, und das habe die schwersten Krisen in unserem Gewerbeleben verschuldet. Die Frage nach der Einführung eiserner Schwellen sei auch von weitgehender finanzieller Bedeutung. Hier sei eine günstige Gelegenheit zu sparen, nicht bei personellen Kosten. Die Einführung stärkerer Schienen werde ebenfalls dazu beitragen, die Leistungsfähigkeit unserer Bahnen zu erhöhen. Auf eine Anfrage des Abg. Fuchs (Zentr.) theilt der Minister mit, daß eine Verfügung, wonach eine Herabsetzung der Löhne der Werkstattarbeiter um 10 pCt. eintreten solle, von ihm nicht erlassen sei. Er stehe auf dem Standpunkt, daß allerdings die Staatswerkstätten Rücksicht auf die Privatindustrie zu nehmen hätten. Die Betriebsdirektionen seien angewiesen worden, der Lohnbewegung ihre Aufmerksamkeit zu widmen und sowohl beim Steigen wie beim Fallen der Löhne mit Vorsicht und Wohlwollen zu folgen. Abg. Broemel (dfr.) bittet den Minister um Auskunft, ob er die neuen Zugeinrichtungen, wie sie zwischen Berlin und Köln bestehen, im weiteren Umfange einzuführen gedenke; jedenfalls sei das Zuschlagssystem bei diesen Zügen ein äußerst unvollkommenes. Auch für den Rundreiseverkehr seien statt der erhefften Erleichterungen neue Erschwerungen getroffen worden. Im Interesse unserer Industrie wäre eine Herstellung von besonderen Güterwagen zur Beförderung von Holzglaswaaren dringend zu wünschen, wie sie in Sachsen bereits bestehen. Minister Thielen entgegnet, es seien 24 Schnellzüge nach der neueren Art hergestellt und auf die verschiedenen Routen vertheilt. Die neue Einrichtung biete neben größerer Sicherheit auch größere Bequemlichkeit für die Reisenden. Der Zuschlag müsse von allen Reisenden bezahlt werden. Auch für Rundreisebilletts und auch von Inhabern von Fahrkarten, auch für die Strecke Berlin-Potsdam wird der Zuschlag erhoben. Für die Herstellung von Spezialwagen besteht im Allgemeinen keine große Neigung, die Wagen der sächsischen Staatsbahnen für Hohlglaswaaren scheinen nicht unbedenklich. Abg. Meyerbusch (fk.) führt Klage über die neuen Drehsessel in den Koupees erster Klasse und über einige andere Uebelstände in dieser Wagenklasse. Abg. Tiedemann (frk.) wünscht die Einrichtung der neuen Züge auch für die östlichen Linien, und ist mit der Erhebung eines hohen Zuschlages einverstanden, da diese Züge für den Fernverkehr freigehalten werden müssen. Abg. Fuchs (Zentr.) hofft, daß der Minister den Arbeitern sein Wohlwollen bewahren wird, damit diese nicht unzufrieden werden im Vergleich mit den Beamten mit beliebig hohem Gehalte. Aus den Bestrebungen der Industriellen, welche Ringe bilden zur Erzielung hoher Preise und dann die Löhne herunterdrücken, kann nichts Gutes entstehen. Abg. Broemel (dfr.): Mit dem Wohlwollen sei den Arbeitern nicht geholfen, denn dies werde durch die Interessen der Steuerzahler gehemmt. Die Löhne würden sich regeln nach dem Grundsatze, daß die Regierung ein Interesse daran habe, sich einen festen Stamm aller Arbeiter zu erhalten. In keinem Falle können die „beliebig hohen" Gehälter anderer Beamten maßgebend für die Forderungen der Arbeiter sein. Abg. Dr. Hammacher (nt.) wendet sich gegen die Angriffe des Abg. Fuchs, die den Ton dieses Hauses erniedrigten, aber ihn (Redner) nicht erreichten. Abg. Dr. Ritter bittet um Beschleunigung des Ausbaues derjenigen Sekundairbahnen, für welche die Mittel bereits bewilligt sind, zumal es gegenwärtig vielfach an Arbeitsgelegenheit mangele. Bei Schluß des Berichts nimmt der Herr Minister das Wort.

---

In Stettin nahm der konservative Verein eine einem Vortrage des Generallieutenant a. D. v. Heydebreck zur **Militairvorlage** durch folgenden Beschluß Stellung:

„Der konservative Verein in Stettin erklärt sich mit der Stellungnahme der konservativen Fraktion des Reichstages zur Militairvorlage durchaus einverstanden; er erblickt in der Verkürzung der Dienstzeit eine Beeinträchtigung der Schlagfertigkeit der Armee und hält sie nur dann für ausführbar, wenn die von den verbündeten Regierungen geforderte Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres in ihrem ganzen Umfange bewilligt wird."

Aus den bei Wesel belegenen Wörde und Spellen ist eine mit 350 Unterschriften versehene Eingabe zu Gunsten der Vorlage an den Reichstag abgesandt worden.

---

Dem bereits mitgetheilten, an den Reichstag gelangten Entwurf einer Novelle zum Unterstützungswohnsitz-Gesetz ꝛc. ist folgende allgemeine Begründung beigegeben:

„Die Frage der Revisionsbedürftigkeit des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz ist in den gesetzgebenden Körperschaften des Reichs und der Bundesstaaten, von zahlreichen Vereinigungen, sowie von der Presse wiederholt und noch in der jüngsten Zeit erörtert worden.

Von fast allen Seiten wird eine Umgestaltung der Armengesetzgebung befürwortet; über die Grundsätze jedoch, nach welchen diese Reform erfolgen soll, gehen die Ansichten weit auseinander. In Norddeutschland, insbesondere in den östlichen Provinzen Preußens, erstreckt man eine strengere Durchführung des Prinzips des Unterstützungswohnsitzes, das heißt des Grundsatzes, daß durch den eine gewisse Zeit hindurch fortgesetzten Wohnsitz die Verpflichtung des Armenverbandes dieses Wohnorts zur Gewährung von Armenunterstützung begründet wird. Dagegen werden in anderen Staaten lebhafte Klagen über jenes Prinzip und über die Landarmeninstitution erhoben und dringende Wünsche nach der Rückkehr zu dem dort vorhen in Geltung gewesenen Heimathsystem laut, nach welchem die öffentliche Unterstützung eines Hülfsbedürftigen regelmäßig und dauernd von der Heimathgemeinde zu gewähren war, der der Hülfsbedürftige durch Abstammung, Aufnahme oder Zuweisung angehörte.

Bei so tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten ist zur Zeit keine Aussicht für eine umfassende Neugestaltung unseres Armenrechts vorhanden. Um einen sicheren Boden für dieselbe zu gewinnen, ist es ferner erforderlich, daß die Wirkung, welche die sozialpolitischen Gesetze auf die Höhe und die Vertheilung der Armenlasten ausüben werden, sich besser übersehen lassen, als dies zur Zeit möglich ist.

In Folge dieser Gesetzgebung werden zahlreiche und besonders schwere Fälle der Armenunterstützung, welche den Armenverbänden vorzugsweise Anlaß zu Klagen gegeben haben, beseitigt oder doch gemildert werden. Im Falle der Invalidität und hohen Lebensalters wird den Hülfsbedürftigen eine Versorgung auf Grund des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 zu Theil, und selbst die Fälle einer Unterstützung hülfsbedürftiger Wittwen und Waisen werden sich voraussichtlich vermindern, weil auch diesen auf Grund der Bestimmungen der Unfallversicherungsgesetze und des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes unter gewissen Voraussetzungen eine Fürsorge oder doch Beihülfe gesichert ist. Es darf daher angenommen werden, daß die Beschwerden über eine zu hohe Belastung sich beträchtlich vermindern werden, wenn insbesondere das Invaliditätsgesetz, auf Grund dessen in den Jahren 1891 und 1892 bereits 193 820 Personen in den Genuß von Renten gelangt sind, erst längere Zeit in Kraft gewesen sein wird. Auch von den zu dem Unterstützungswohnsitz-Gesetz erlassenen neueren Landesgesetzen, dem württembergischen vom 2. Juli 1889 — Regierungsbl. für das Königreich Württemberg — S. 217 — und dem preußischen vom 11. Juli 1891 — Preuß. Gesetzsamml. S. 300 — lassen sich wohlthätige Folgen für die Ortsarmenverbände erwarten.

Die Frage, welchen Einfluß die Versicherungsgesetze auf die öffentliche Armenpflege ausüben, ist zwar schon mehrfach, so in den Verhandlungen des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit vom September 1891 erörtert worden. Die Ergebnisse dieser Erörterungen gestatten indessen noch keinen genügenden Ueberblick über das Maß jener Einwirkung; vielmehr wird eine Vervollständigung des Materials durch längere Beobachtung erforderlich sein, bevor dasselbe für eine grundlegende Abänderung der Armengesetzgebung als ausreichend angesehen werden darf.

Wenn es hiernach angezeigt ist, eine grundsätzliche Reform des Armenwesens vor der Hand noch auszusetzen, so erscheint es doch auf der anderen Seite unbedenklich, schon jetzt einige Abänderungen des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz vorzunehmen, welche, ohne das Prinzip desselben zu berühren, lediglich einigen in der Praxis hervorgetretenen Uebelständen abzuhelfen geeignet sind.

Unter diesem Gesichtspunkt sieht der gegenwärtige Gesetzentwurf davon ab, eine Aenderung der für den Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes bestehenden Fristen in Vorschlag zu bringen, beschränkt sich vielmehr darauf, einzelnen von denjenigen Wünschen gerecht zu werden, deren Berücksichtigung möglich ist, ohne daß dadurch der künftigen Umgestaltung der Armengesetzgebung nach irgend einer Richtung hin präjudizirt wird."

---

Bekanntlich ist durch das Einkommensteuergesetz von 1891 das **Ober-Verwaltungsgericht** berufen worden, in letzter Instanz über Beschwerden und Reklamationen betreffs der Veranlagung zu entscheiden. Diese Entscheidungen haben eine weittragende Bedeutung, insofern dieselben die für Auslegung des Einkommensteuergesetzes maßgebenden prinzipiellen Fragen endgültig entscheiden. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn Herr Ober-Verwaltungsgerichtsrath Reimik in Kiel, Heymann's Verlag, eine besondere Sammlung der „Entscheidungen des königlich preußischen Ober-Verwaltungsgerichts in Staatssteuersachen" herausgiebt, von dem uns das 1. Heft des 1. Bandes vorliegt. Diese Publikation

---

## Feuilleton der Norddeutschen Allg. Zeitung.

Berlin, den 2. März 1893.

### Wiener Bilder.

[Nachdruck verboten.]

Wird auch bei uns, wie es der schwunghafte Betrieb zahlreicher Leihbibliotheken bezeugt, ungeheuer viel gelesen, so ist doch Wien keine Stadt von literarischem Gepräge mehr, wie sie es allen Berichten nach vor dem Sturm- und Drangjahr 1848 gewesen. Nicht allein das stark vorherrschende politische Interesse ist Ursache dieser Wandlung, sondern wohl mehr noch das viel schnellpulsigere Leben und Treiben im Allgemeinen, und vor Allem die zeitraubende Zeitungslektüre. Unsere Herren streiken der Belletristik gegenüber. Beamte, Aerzte, Offiziere, Advokaten, Kaufleute, Alle erklären in rührender Uebereinstimmung mit lebhaftem Bedauern: überbürdender Thätigkeit willen keine Muße zu finden, sich mit den neueren Literaturerscheinungen bekannt machen zu können. Mit Thatsachen läßt sich nicht streiten, allein bemerkenswerth bleibt denn doch, daß Napoleon I. und Fürst Clemens Metternich, die doch auch Einiges zu thun hatten, sich ihrerzeit die dazu nöthigen Freistunden abzugewinnen wußten. Ersterer verblüffte bekanntlich Goethe durch seine analytisch eingehende Kenntniß von „Werther's Leiden" und versenkte sich mit Vorliebe in Ossian's Dichtungen, und unser Staatskanzler überraschte einstmals seine Tischgäste, indem er einen ganzen Canto des „Child Harold" aus dem Gedächtniß rezitirte; für jene unserer so bedauerlich Ueberbürdeten, denen noch ein Fünftchen literarisches Interesse übrig geblieben, genügt das Resumé, das irgend eine Zeitung über ein Buch bringt, vollauf. Dafür lesen unsere Frauen aller Kategorieen um so emsiger. Das Trop de zèle bewährt sich aber auch auf dem Gebiet der Lektüre als mehr abträglich denn förderlich; denn das kunterbunte Verschlingen einer halben Leihbibliothek, zur zerstreuenden Hetzjagd von möglichst emotioninirenden Eindrücken, reift den literarischen Sinn und Geschmack nicht sonderlich. Ein treffliches Korrektiv desselben, der Gedankenaustausch über Gelesenes, entfällt, da unsere Herren nicht lesen, und unsere Damen untereinander von anderen Dingen zu plaudern pflegen.

Gilt dies für unsere Gesellschaft im Allgemeinen, so giebt es doch natürlich einen kleinen Kreis Solcher, die in intimen Beziehungen zur Literatur stehen. Aus ihm rekrutirt sich der Verein der Literaturfreunde mit seinen ständig wöchentlichen Vortragsabende, und der vor ein paar Jahren erst gegründete Grillparzer-Verein, der es sich zur Aufgabe gesetzt, nach besten Kräften die verjährte Ehrenschuld Wiens gegen seinen größten Dichter abzutragen, indem er die Kenntniß seiner Dichtungen und auch seiner Persönlichkeit in jeder Weise zu fördern sucht. Die monatlichen Vortragsabende, in welchen stets nur vom Besten geboten wird, üben stets große Anziehung auf die Mitglieder, der letzte aber bot so Apartes und Erlesenes, daß er sich geradezu zu einem Festabend gestaltete. Ein Künstlerehepaar eine der edelsten dramatischen Dichtungen gemeinsam mit gleicher Meisterschaft des Vortrages zu vollster Geltung bringen zu hören, zählt aber sicher zu den seltensten Kunstereignissen. Joseph Lewinsky, unser großer Rhetor und unvergleichlicher Charakterdarsteller, und seine Gattin, Frau Olga Lewinsky-Precheisen, unter den ersten unserer Hofschauspielerinnen die eminenteste Vorleserin, theilten sich in je die männlichen und weiblichen Rollen der „Libussa", dieses vielleicht wenigst bekannten Werkes Grillparzer's, das einen so reichen Schatz an Schönem enthält. In athemloser Spannung, die alten Herren — deren es gar viele im Grillparzer-Verein giebt —, die Hand hinter'm Ohr, lauschte das Publikum dem Wechselvortrag, der in der feinsten Nuancirung innigsten Verständnisses jede der edeln Gestalten bis zur Anschaulichkeit verkörperte, in der vollendet einheitlichen Abrundung des Ganzen jeden Einzelzug in seiner vollen Bedeutung ausprägte. Vielleicht mehr noch als der enthusiastische Applaus bekundeten jene tiefen, durch Diskretion halb unterdrückten Bewunderungsausrufe, die verständnißvoll gewechselten Blicke während der Vorlesung die Dankbarkeitsfreude der Hörer. Vielleicht führt dieser Vortrag zur Erfüllung des langgehegten Wunsches unserer kleinen, aber intensiv begeisterten Grillparzer-Gemeinde, die „Libussa" wieder einmal auf dem Burgtheater zu sehen, da sich in Fr. Lewinsky eine durch Darstellung wie Schönheit so ausgezeichnete Interpretin der Titelrolle gefunden. Die Leitung unserer Hofbühne hat in letzter Zeit so viele Neubelebungen längst in wohlverdienten Ruhestand getretener, gründlich veralteter, also werthloser Stücke vorgenommen, daß sie sich möglicher Weise doch auch auf eine Ausgrabung dieser edlen Dichtung aus dem Archiv besinnt.

Allein unergründlich wie die Wege der Vorsehung, sind jene, welche unsere Theaterdirektoren wandeln. Sie bringen Neues und Altes in bunter Reihe, gar wenig aber nur, das dauernd das Interesse des Publikums zu fesseln vermag. Wilbrandt's „Meister von Palmyra" im Burgtheater, „Fürstin Rinetta", die Strauß'sche Operette im Theater an der Wien, sind innerhalb der fünf Monate Spielzeit dieser Saison die einzigen Repertoirebereicherungen, im Uebrigen hat sich Niete an Niete gereiht. Es ist, als hätten unsere Bühnenleiter alle Fühlung mit dem Publikum verloren. Symptomatisch dafür ist eine Maßregel, der sich nach dem Burgtheater nun auch die Hofoper angeschlossen: das Abhalten der Generalproben mit der Heimlichkeit eines Konklaves. Sicher ist Paris in einer Richtung, in jener der Theaterpraxis, allen andern Städten voraus. Wenn aber die Pariser Theaterdirektoren ein zahlreiches Publikum zu ihren Generalproben laden, so geschieht es wohl kaum aus dem Drang des Herzens, so und so viel Leuten durch das Genießen einer Première, gewissermaßen avant la lettre, ein Vergnügen zu bereiten. Die Geladenen sind einfach die Versuchskaninchen, an denen sich die Wirksamkeit des Gebotenen im Ganzen und en detail erproben soll, und der entsprechend sich so Manches noch modifiziren läßt, der Erstaufführung größeren Erfolg zu sichern. Längen, die sich lähmend fühlbar gemacht, werden gekürzt, hier wird ein heilsamer Strich angebracht, dort ein Zug in helleres Licht gesetzt, oder mehr ins Halbdunkel gerückt, und das Tempo — auf das so Vieles ankommt — auf die stärkere Wirksamkeit hin rektifizirt. Die Darsteller werden sich durch den Kontakt mit feinsinnigen Hörern bewußt, ob sie ihre Intentionen genugsam zum Ausdruck bringen, das Lob eines Freundes, der Tadel eines Feindes wird ihnen zur rechtzeitigen Warnung. Nach der Première spricht die Kritik ihr Urtheil und dieses gilt dem Publikum, unbekümmert um Alles nachträglich noch maßgebend Gebesserte. Manche post festum lebensfähig gemachte Bühnendichtung ist schon daran zu Grunde gegangen.

Arsène Houssaye erzählt aus der Zeit seiner Leitung der Comédie française ein Vorkommniß, das bezeugt, welchen Werth der große Bühnenpraktikus Alexander Dumas Vater auf den Eindruck bei den Proben legte. Er hatte einen seiner Romane zu einem Stück in fünf Tableaux bearbeitet und saß bei der Generalprobe mit seinem Sohne im Parterre. „Sieh nur den Pompier!" flüsterte er ihm wiederholt zu. Der wackere Feuerwächter hatte sich nämlich durch sein Interesse an der Darstellung verleiten lassen, aus den Kulissen herauszutreten, die spannenden Vorgänge unmittelbarer zu verfolgen. Während des fünften Tableaus aber erschien er nicht und Papa Dumas rief mehrmals: „Wo bleibt denn mein Pompier?" Als Houssaye bald nach der Probe in das Direktionszimmer kam, fand er Dumas in fliegender Hast schreibend. „Das fünfte Tableau muß geändert werden!" rief ihm der Dichter entgegen. „Was fällt Ihnen ein! Es ist sehr hübsch und überdies schon vollständig einstudirt", protestirte der Direktor. „Einerlei, es muß dennoch geändert und neueinstudirt werden", beharrte Dumas, „es hat dem Pompier nicht gefallen." Er änderte den Schluß seines Stückes und Houssaye gestand zu, daß er ungleich wirksamer geworden sei. Möchten wir auch bei aller wohlverdienten Achtung für unsere Feuerwehrmänner ihnen doch nicht das Recht eines dramatischen Veto einräumen und derartige Opportunitätseingriffe kaum auf Dichtungen höheren Styles in Anwendung gebracht sehen, so ließe sich doch immerhin aus diesem Beispiel eine ganz beherzigenswerthe Lehre ziehen gegen die strenge Abschließung bei den Generalproben, die am Burgtheater nicht einmal die Anwesenheit der Geschwister unserer Künstler tolerirt und nur jene ihrer Ehehälfte und Kinder — also im Allgemeinen der kritikfloseften Elemente — verstattet.

Dafür versteht es unsere Industrie, die Publizität in ausgiebigster Weise an sich heranzuziehen. Beinahe alle unsere großen Häuser, welche die Ausstellung in Chicago beschicken, haben geschäftsklüglich ihre reichhaltigen Sendungen vorerst hier in ihren Etablissements zur Ansicht gebracht, und so ziemlich Jedermann, der Zeit hatte — wohl auch so Mancher, der füglich keine hatte — besah sich die schönen Dinge und freute sich außer des Anblickes auch des Bewußtseins, daß unsere Industrie „drüben" viel Ehre (und hoffentlich auch Nutzen!) einheimsen werde. Obenan, wie Milde's Kunstschlosserei und Wurzel's Lederarbeiten, die auch der Kaiser mit warm ausgesprochener Anerkennung besichtigte, standen die prachtvollen Porzellanwaaren von Wahliß mit wahrhaft kunstvollen Malereien geschmückt. Vielleicht findet im Lande der Dollars ein Beispiel aus dem Lande der Rupien Nachahmung, giebt es doch im Westen bald eben so viel Nababs, wie im Osten, nur in Europa gedeiht diese Kaste nicht, ein Mangel, der unseren Sozialdemokraten zu einiger Beruhigung dienen sollte. Unter den von Wahliß für Chicago bestimmten Ausstellungsobjekten befindet sich auch ein von einem Nawab bestelltes Speiseservice für hundert Personen, das, mit den reichsten Malereien geschmückt, nicht weniger als neunhundertvierundfünfzig Mal das Portrait des Bestellers reproduziert. Ob es nun als Würde der gebotenen guten Dinge gelten soll, des Gastgebers Bild auf seinem Teller vor Augen zu haben, oder ob es den Genießenden zur Dankbarkeit gegen seinen Amphytrion hinleiten soll, mag eine offene Frage bleiben, aber dem Geschmack der transatlantischen Eisenbahn-, Kohlen-, Petroleum- und Metzgerei-Könige könnte dieses Novum wohl entsprechen, und der Kostenpreis von 100 000 ℳ braucht sie wahrlich nicht abzuhalten, dieses Exempel aus der Wiege arischer Kultur nachzuahmen.

Die stets Ende Januar schon bei uns auftauchende Frage: „Wohin werden Sie im Sommer gehen?" erfährt heuer die Variante: „Werden Sie nach Chicago gehen?" Zählten die Globe-Trotter vor einem Vierteljahrhundert noch zu den vielangestaunten Wundermenschen, so gehört es heut zu Tage schon zu den Erfordernissen eines vollgültigen Gesellschaftsmenschen, mindestens einen anderen Welttheil noch als den eigenen besucht zu haben, und dazu bietet die Ausstellung in Chicago mit allen ihr zu Ehren inszenirten Verkehrserleichterungen eine Verlockung, der gar Viele unterliegen. Ganz besonders schlau wußten es aber einige der Aussteller einzurichten, von denen wir jüngst gehört: sie betrachten noch rasch im Frühling und vereinigen so mit ihrer Geschäfts- auch ihre Hochzeitsreise. Das heißt wahrlich das Nützliche mit dem Angenehmen verbinden.

Bruno Walden.